



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Energiepreisschock – Die Staatsregierung muss sich frühzeitig in den Lösungsprozess einbringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der sprunghaft ansteigenden Energiepreise wird die Staatsregierung aufgefordert, über die zu erwartenden Folgen der Gaspreissteigerung für die bayerische Wirtschaft und die bayerischen Verbraucher sowie mögliche Abfederungs- und Unterstützungsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene zu berichten. Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:

1. Ursachen

- 1.1 Worin liegen nach Kenntnis der Staatsregierung die Hauptursachen für den sprunghaften Anstieg der Gaspreise?
- 1.2 Ist der Anstieg der Gaspreise aus Sicht der Staatsregierung ein kurzzeitiges Ereignis oder müssen sich Wirtschaft und Verbraucher, insbesondere Mieterinnen und Mieter, langfristig auf höhere Gaspreise einstellen?

2. Auswirkungen

- 2.1 Wie schätzt die Staatsregierung die Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten ein?
- 2.2 Wie schätzt die Staatsregierung die Auswirkungen auf die Energiepreise für die privaten Haushalte in Bayern ein?

3. Mögliche Maßnahmen

- 3.1 Welche staatlichen Unterstützungsmaßnahmen stehen für Unternehmer und Verbraucher kurzfristig zur Verfügung?
- 3.2 Gibt es bei der Staatsregierung angesichts der derzeitigen Entwicklungen Überlegungen, den Ausbau von erneuerbaren Energien zu beschleunigen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schneller zu reduzieren und stärker auf die effizienteren erneuerbaren Energien zu setzen?

Begründung:

Seit Wochen steigen die Großhandelspreise für Erdgas an. Als Auslöser für den Preisanstieg werden mehrere Faktoren diskutiert (Anstieg der Produktion als Folge der erhöhten Nachfrage nach der Coronapandemie, extreme Wetterverhältnisse in diesem Jahr etc.). In einigen europäischen Ländern wie Frankreich und Spanien haben die Regierungen schon Abfederungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Die EU-Kommission hat die Entscheidung über geeignete Maßnahmen an die EU-Mitgliedstaaten weitergegeben.

Bayern ist einer der wichtigsten Industriestandorte Deutschlands, für den die Versorgung mit Energie von essenzieller Bedeutung ist. Daher ist die Staatsregierung aufgefordert, sich frühzeitig in den Prozess der Lösungsfindung einzubringen. Neben kurzfristigen Lösungsansätzen wie Ausgleichmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte ist dem Landtag insbesondere auch über die langfristige Ausrichtung der bayerischen Energiepolitik zu berichten.